

Woher kommt die Radikalisierung?

Was ist bloß aus dem intellektuell geschätzten Diskurs mit dem Florett des geschliffenen Wortes geworden? Im Feuilleton der großen Tages- und Wochenzeitungen gibt es zwar immer wieder anspruchsvolle Beiträge zu aktuellen Themen wie Kunst-, Meinungs- und Pressefreiheit, zu Rassismus und Feminismus, zu Identitätspolitik und Gerechtigkeitsfragen. Dominiert aber werden der Informationskonsum und die Kommunikation von Millionen Menschen auch in Deutschland von den sozialen Medien, von digitalen Plattformen, Foren, Chats und Messengerdiensten.

Soziale Medien als wichtige Nachrichtenquelle

Für junge Menschen sind die sozialen Medien teilweise die einzige Nachrichtenquelle. Das Jahr 2020 war coronabedingt ein Digitalisierungstreiber. 72 Prozent der 12- bis 19-Jährigen besitzen ein Medienendgerät, WhatsApp bleibt für die Kommunikation der bedeutendste Online-Dienst. 94 Prozent der Jugendlichen nutzen den Dienst mehrmals in der Woche oder sogar täglich, bei Instagram sind es 72 Prozent, und der Trend setzt sich ungebrochen fort. Auch Snapchat, Pinterest und Twitter verzeichnen gegenüber dem Vorjahr Steigerungen. Zu den größten Gewinnern zählt laut einer Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest »aber die chinesische Plattform TikTok – hier hat sich die regelmäßige Nutzung um 19 Prozentpunkte erhöht.«²³

Was den Medienkonsum von Erwachsenen angeht, so zeigt die Studie Digital News Report aufgrund von Daten aus 40 Ländern, darunter auch Deutschland, dass das Fernsehen seit der Pandemie allgemein etwas häufiger als Nachrichtenquelle benutzt wird. Aber auch die Erwachsenen greifen vermehrt auf digitale Medien zurück, um sich zu informieren, selbst wenn der Anteil kostenpflichtiger digitaler Nachrichtenquellen noch bei vergleichsweise schwachen zehn Prozent liegt (im Vorjahr acht Prozent). Etwa 22 Prozent der Befragten in Deutschland geben an, Facebook als Informationsquelle zu nutzen. An Bedeutung gewinnen daneben vor allem WhatsApp und YouTube.

Laut der genannten Studie haben die aktuellen Entwicklungen offenbar auch Einfluss auf das Vertrauen in Nachrichten. »Im Jahr 2020 zweifeln 52 Prozent der 18- bis 24-Jährigen an dem Wahrheitsgehalt von Nachrichten. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es gerade mal 38 Prozent. 37 Prozent der erwachsenen Internetnutzer/-innen befürchten, dass sie echte Nachrichten nicht von Falschmeldungen unterscheiden können.«²⁴

Diese kurzen Schlaglichter auf das Kommunikationsverhalten zeigen die große Bedeutung der sozialen Medien und Messengerdienste, die Verunsicherung hinsichtlich des Wahrheitsgehalts von Nachrichten und ein steigendes Bedürfnis nach Informationen. Das Vordrängen der sozialen Medien vergrößert einerseits die Informationsgewinnung, schafft andererseits aber auch vielfältige Zugänge für Desinformation, gezielte Manipulation, Hetze, Hass und Diskriminierung. Sie finden im Internet und in den sozialen Netzwerken, Foren und Kommentarspalten seit Jahren eine immer stärkere Verbreitung. Auch im Deutschen hat sich dafür der Begriff Hatespeech etabliert. Hatespeech ist jedoch kein reines Netzphänomen, sondern greift reale Macht- und Diskriminierungsstrukturen auf. Betroffen sind meistens Schwächere, Minderheiten wie Flüchtlinge, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle und immer wieder Frauen, die sexistischen und übergriffigen Anmachern ausgesetzt sind.

Seit 1990 entlädt sich Hass immer stärker gegen Politiker und Politikerinnen, die wegen ihrer Abstammung als fremd angesehen werden.

Zum Ziel von Anfeindungen werden aber nicht nur Politiker mit Einwanderungsbiografie, sondern auch solche, die ihre positive Haltung zu Flüchtlingen, zu Europa, zum Judentum und zum Islam, zur sexuellen Vielfalt und zur Pluralität unserer Gesellschaft klar artikulieren. Seit Covid-19 und den zahlreichen massiv die Freiheitsrechte beschränkenden Corona-Maßnahmen richten sich Kritik und Beschimpfungen von Corona-Leugnern und sogenannten »Querdenkern« besonders gegen Politiker, die sich für einen strikten Lockdown einsetzen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen.

Die »Süddeutsche Zeitung« kommt in einer Auswertung von zwölf Millionen Nachrichten im Messengerdienst Telegram während eines Jahres und in einer Datenanalyse in den Netzwerken zu dem Ergebnis, dass die Proteste der Corona-Leugner und »Querdenker« auf der Straße und das Wüten in digitalen Echokammern zusammenhängen. Die umfangreiche Recherche zeigt auch, wie sich Verschwörungserzählungen, Beleidigungen und Rassismus in einer toxischen Mischung verbinden. Fast ein Fünftel der Posts ist auffällig, und Telegram dient als eine Art Verstärker, da dieser Messengerdienst kaum Regulierung kennt und anders als zum Beispiel bei WhatsApp unbegrenzt viele Abonnenten im jeweiligen Kanal erreicht werden können. Julia Ebner, die am Institut für strategischen Dialog in London zu Extremismus forscht, sagt: »Wir können davon ausgehen, dass es in Deutschland Hunderttausende Menschen gibt, die mit radikalen Online-Communitys sympathisieren.« Gerade während der Pandemie mit wenigen direkten Kontakten wächst der Online-Raum, und er wird gezielt zur stetigen Radikalisierung genutzt.²⁵

Radikalisierungstreiber

Diejenigen, die Hasskriminalität verbreiten, Drohungen bis hin zu Morddrohungen adressieren, und diejenigen, die sich in allgemeinen Eliten- und Regierungsbeschimpfungen aufgrund aktueller politischer Entscheidungen ergehen, sind, wie auch die Recherche der »Süddeutschen Zeitung« zeigt, keine homogene Gruppe. Politiker-Hasser kommen aus unterschiedlichen Milieus und Szenen. An Corona-Demons-

trationen beteiligen sich unzufriedene Bürger, Verteidiger der Demokratie und Grundrechte, Esoteriker und erbitterte Gegner der Institutionen unseres Systems und ihrer gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Mit von der Partie sind außerdem immer wieder Pegida-Anhänger, Rechtsextreme der verschiedensten Gruppen (zum Beispiel Der dritte Weg), rechte Hooligans und Anhänger der verschwörungsgläubigen Internet-Sekte QAnon, die nach den USA auch in Deutschland auftritt und kaum verhohlen judenfeindlich ist. Die Bundesregierung hat unter anderem in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zu der Gefahr durch rechtsextreme und verschwörungsideologische Instrumentalisierung der Corona-Demonstrationen bestätigt, dass es sich um einen sehr heterogenen Personenkreis handelt, der auch Rechtsextreme und Reichsbürger umfasst.²⁶

Nach Einschätzung der Extremismusforscherin Julia Ebner knüpft QAnon an die alten antisemitischen Ritualmordlegenden an, wonach Juden das Blut von Christen trinken und die Weltherrschaft anstreben. Ebner sieht QAnon als potenzielle Gefahr für die nationale Sicherheit und verweist darauf, dass die QAnon-Ideologie in kurzer Zeit mithilfe von Trump-Anhängern und Rechtsextremen aus dem Netz ins reale Leben vorgedrungen sei, wo ihr Gewalt- und Mordpotenzial bereits zu erkennen sei. Demokratiezersetzend wirke die Bewegung vor allem deswegen, weil ihre Anhänger für rationale Argumente nicht mehr zugänglich seien.²⁷

Diejenigen, die zielgerichtet immer wieder gegen Politikerinnen und Politiker hetzen und in nicht wenigen Fällen sogar mit Gewalt drohen, sind nicht die Teilnehmer an Kundgebungen gegen einzelne politische Entscheidungen, sondern es sind überwiegend Rechtsradikale, zum Teil auch Linksradikale. Julia Ebners Recherchen ergaben, dass Rechtsextreme und Verschwörungsideologen bereits Mitte 2020 begonnen haben, die Corona-Protestbewegung zu unterwandern und die Frustration Zehntausender zu instrumentalisieren.

Matthias Quent, Soziologe und Gründungsdirektor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena, befasst sich in Studien und Untersuchungen intensiv mit Rechtsradikalismus, Radikalisierung und

Hasskriminalität. Ein Teil dieses Milieus ist nach seinen Erkenntnissen davon überzeugt, »dass ein ›Zerfall‹ der ›deutschen Kultur‹ bevorstehe. Aufklärung und Demokratie hätten demnach die angeblich natürliche soziale Hierarchie von Menschen(-gruppen) und ›Völkern‹ aufgehoben und damit eine verfassungsrechtliche und kulturelle Moderne geschaffen, die der eigentlichen und unabänderlichen Natur der Menschen widerspreche. [...] Viele Rechtsradikale glauben, eine solche ideologisch konstruierte Zukunftsgefahr sei nur durch extreme Maßnahmen und Selbstjustiz zu bannen: Die verbreitete Enttäuschung über den Bedeutungsverlust von Kategorien wie ›Volk‹, ›Nation‹ und ›Rasse‹ entlädt sich in radikalierter Form in Gewalt gegen Minderheiten und Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ordnung.«²⁸

Dieses Gedankengut vertritt auch die rechtsradikale Identitäre Bewegung, die nach den Anschlägen des rechtsterroristischen und islamfeindlichen Massenmörders Anders Breivik 2011 in verschiedenen europäischen Staaten entstand. Sie will den Untergang einer rassistisch konstruierten, europäischen Identität verhindern und beruft sich auf die christlichen Kreuzzüge und damit auf den Massenmord an Juden und Muslimen. Ihre Strategie ist es, Debatten um einen Kulturkonflikt zwischen dem »Abendland« und islamisch geprägten Kulturen zu radikalieren und mit dem Streit das gesellschaftliche Zusammenleben zu destabilisieren.²⁹

Wenn man die Entwicklung der hier beschriebenen Bewegungen unter die Lupe nimmt, erkennt man, dass sich kulturelle und ökonomische Faktoren wechselseitig verstärken und schlichte Kausalitätsannahmen somit zum Scheitern verurteilt sind. Die Globalisierung führte zu Abstiegsprozessen und -ängsten, für die auch die sogenannten »Eliten« verantwortlich gemacht werden. Die politischen Einflussmöglichkeiten werden immer wieder als ungleich verteilt angesehen, und diese Ungleichverteilung gilt vielen als Ausweis einer fortgesetzten Aushöhlung der Demokratie.

Daneben gibt es einen bis weit in die Vergangenheit zurückreichenden Antisemitismus und Rassismus in Deutschland, der in den letzten Jahren immer sichtbarer und auch gewaltgeneigter geworden ist.

Der Rassismus ist dabei in seiner gesamten strukturellen Dimension, die noch nicht in allen Facetten erforscht ist, ein wesentlicher Treiber für den Hass auf Minderheiten, für deren Dämonisierung und für die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und die Diffamierung Andersdenkender. Der Antisemitismus ist in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden, in links- wie rechtsradikalen Milieus und zunehmend in der Form des islamistischen oder israelbezogenen Antisemitismus.

Zu den nationalen Entwicklungen kommen globale wie der internationale Terrorismus und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, die mit der Digitalisierung seit nunmehr 20 Jahren das Wirtschaften, Arbeiten und Leben stark prägen. Das Internet hat die Welt zum globalen Dorf gemacht, was mit der Disruption altbewährter Strukturen einhergeht und zu Orientierungslosigkeit oder -schwäche führen kann.

Das alles sind Entwicklungen, die die Sehnsucht zurück in die ach so gute alte Zeit erblühen lassen, mit straffer Führung, mit einem einseitigen Wertegerüst und einfachen Schwarz-Weiß-Gemälden. Das gibt Verunsicherten Orientierung und Halt. Und da die Regierungseliten das alles nicht wahrhaben wollten und unfähig seien, müsse gegen sie auf allen Ebenen vorgegangen werden, so lautet eine einfache Erzählung.

Seitdem ist auch die Radikalisierung als Thema aktuell. Sie umfasst »alle ideologischen Richtungen«, kommentiert die Rechtswissenschaftlerin Britta Bannenber, Inhaberin des Lehrstuhls für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. »Islamistische und rechtsextremistische Gruppen und Einzeltäter schaukeln sich gegenseitig auf und motivieren andererseits Linksextremisten und Amoktäter zu mediale Aufmerksamkeit erregenden Taten und Anschlägen. Insbesondere Linksextremisten attackieren dabei auch gezielt ihr Feindbild Polizei und wenden sich gegen Staat und Demokratie. Reichsbürger, Pegida-Bewegung und Rechtsextremisten stellen den Staat gleichfalls in Frage und zeichnen sich durch eine Ablehnung von Demokratie und staatlichen Institutionen aus, was nicht nur Polizeibeamte, sondern auch Gerichtsvollzieher, Amtsträger in ganz unterschiedlichen Funktionen und kommunale Mandatsträger zu spüren bekommen.«³⁰

Zu erwähnen sind auch die mitunter sehr konkreten Anstiftungen zu Terror und Gewalt in der Rechtsrockszene. Im Frühjahr 2019, wenige Monate vor dem Mord an Walter Lübcke, veröffentlichte die Schweizer Band Erschießungskommando das Lied »C18«, in dem es heißt:

»Wenn es dunkel wird im Land, bleibt der Killer unerkannt, er schleicht sich lautlos an das Haus [...] bald da wird ein Leben enden, in den eigenen vier Wänden. Das Opfer ahnt nicht sein Bestreben, es wird keine Rettung geben. Kühl im Kopf, handelt besonnen, kein Opfer ist ihm je entkommen. Weißer Stolz, weiße Kraft, ein Mann, der keine Fehler macht, der Totenkopf am schwarzen Hemd, Schnellfeuerwaffen schallgedämpft. C18! Heil Combat 18!«

Zur militanten Neonazi-Organisation Combat 18 sollen die im Mordfall Lübcke Verurteilten Verbindungen gehabt haben.³¹

Combat 18 ist in Deutschland Anfang 2020 nach Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 3 des Vereinsgesetzes vom Innenministerium verboten worden, denn sie »richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung, da sie mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt war. Das heißt im Einzelnen: ›Combat 18 Deutschland‹ bekennt sich zur NSDAP und ihren Funktionären, ist rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich ausgerichtet und weist eine kämpferisch-aggressive Grundhaltung auf. Zudem laufen Zwecke und Tätigkeit von ›Combat 18 Deutschland‹ den Strafgesetzen zuwider.«³²

Nach Matthias Quent zeigt der Fall Combat 18 »besonders drastisch, dass rechtsterroristische Anschläge nicht im luftleeren Raum geschehen, sondern Ausdruck und Ergebnis gewaltbefördernder Subkulturen sind im Rechtsrock und im Internet, wo der geständige Attentäter aus Halle seine Bezugsgruppen hatte.« Letztlich, so Quent, brauche es zur Eskalation nur wenige Personen, die die zitierten Liedzeilen als Handlungsweisung verstehen.³³ Und wie schwer sich die Sicherheitsbehörden mit dem frühzeitigen Erkennen dieser Personen tun, zeigt sich auch darin, dass weder der Mörder von Walter Lübcke noch der Attentäter aus Halle zum Tatzeitpunkt als Gefährder galten.

Inzwischen wird die Bedeutung des Internets und insbesondere der sozialen Medien für die Ausbreitung von Respektlosigkeiten bis hin

zum Hass zu Recht kritisch gesehen und wissenschaftlich untersucht. Immer mehr Veröffentlichungen befassen sich mit der Wirkung der Informationsintermediäre auf die Meinungsbildung. Die Journalistin Nicole Diekmann hat als Betroffene ein Buch über die »Shitstorm-Republik« geschrieben und die nach ihrer Einschätzung absichtlich als »Empörungsmaschinen« konzipierten sozialen Medien analysiert.³⁴

»Die inflationär gebrauchten Begriffe ›Fake News«, ›Filter Bubbles« und ›Echo Chambers« stehen für ansteigenden Populismus, Misstrauen gegenüber etablierten Medien, selektive Wahrnehmung und emotional aufgeladene und feindselige Kommentare, die sich in ausufernden Hassbotschaften schon bei vermeintlich neutralen Äußerungen entladen. Eine Beleidigung, Beschimpfung oder auch Morddrohung ist im Schutz der Anonymität schnell geschrieben, und man erfährt als unzufriedener Mensch, der andere anpöbelt, beschimpft und bedroht, eine sofortige, vermeintlich positive Resonanz«, so beschreibt es Britta Bannenberg.³⁵

Die langjährigen, aufwendigen Untersuchungen von Experten und Sonderermittlern besonders in Hessen zum Hintergrund des NSU 2.0 haben sichtbar gemacht, wie schwierig es ist, anonym bleiben wollenden EDV-Kennern im Darknet und im E-Mail-Verkehr auf die Schliche zu kommen.

Das hört sich alles so an, als würde eine Mehrheit in Deutschland hinter diesen Angriffen auf die Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie stehen. Das ist mitnichten der Fall. Anders als die mediale Berichterstattung und die marktschreierischen Posts und Tweets vermuten lassen, ist es eine hasserfüllte und zum Teil hervorragend vernetzte Minderheit, der es immer besser gelingt, ihre Botschaften bis in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. In den ansteigenden Zahlen der politisch rechts motivierten Straftaten zeigt sich die Dynamik, aber es zeigt sich eben auch, dass es nur wenige radikale Akteure sind, die unausgesetzt damit beschäftigt sind, unsere Demokratie sturmreif zu schießen, und deshalb auch im Fokus der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene stehen.

Diese Minderheit agiert mit einer gezielten Strategie, die sich teilweise auch auf Unterstützung aus dem politischen Raum verlassen kann.

Björn Höcke und seine große Anhängerschar in der AfD und im rechtsradikalen Milieu verkörpern das symbolhaft.

Die große Gefahr liegt angesichts des deutlichen Unbehagens vieler Menschen an bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen besonders seit 2015 darin, dass sich Zorn und Hass weit in die bürgerliche Mitte ausbreiten und die Grenzen zwischen demokratischem Protest und Verschwörungswahnsinn, zwischen ernsthaften Debattenbeiträgen und Beschimpfungen verwischen. Dass sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dem nicht ausreichend entgegenstellt und auch die journalistische Berichterstattung nicht immer den gesamten Diskurs auch von Minderheitenmeinungen abbildet, kann diese Entwicklung befördern.

Bemerkenswert und auch erschütternd ist der Glaube von Bürgerinnen und Bürgern an die abstrusesten Erzählungen, Verschwörungsmethoden und rechtspopulistischen Schreckensszenarien, die seit 2015 besonders mit Flüchtlingen und Asylbewerbern verbunden werden und die häufig Ursache für die Attacken gegen die Vertreter der parlamentarischen Demokratie sind. Denn nach Ansicht der Rechtsextremen schaden Menschen aus anderen Kulturkreisen den Interessen des deutschen Volkes. Ihr Hass richtet sich gegen Minderheiten, die in Deutschland angeblich nichts zu suchen haben und für die sich Politiker dennoch einsetzen. Dann werden diese Politiker ebenso zum Feindbild wie die Journalisten, die nicht nur die Meinung der Gegner darstellen, sondern Sachverhalte umfassend recherchieren und berichten. Diese sehen die Corona-Leugner, Aluhuträger, Pegida- oder QAnon-Anhänger als »Lügenpresse«. Und mit ihren verqueren Ansichten wollen sie möglichst viele Menschen berieseln, indoktrinieren und für ihre Ziele instrumentalisieren. Zugleich geht diese Entwicklung mit einem Vertrauensverlust in staatliche Institutionen, in das parlamentarische System und in die seriöse Arbeit von Journalisten einher.

Kritik steigert sich bis zur emotionalen Gegner- und Feindschaft. Gerichtet gegen Politikerinnen und Politiker, zielt das mitten ins Herz der Demokratie, denn man versucht, ihnen die Motivation, die Einsatzbereitschaft, die Freude an ihrer Arbeit und ihrer Verantwortung als

Volksvertreter zu rauben. Sind sie erst einmal eingeschüchtert, mutlos, hoffnungslos oder einfach lustlos und treffen sie nach sorgfältiger Abwägung die Entscheidung, sich die auf kommunaler Ebene überwiegend ehrenamtliche politische Arbeit nicht mehr antun zu wollen, dann ist ein erstes Ziel erreicht. In diesem Fall entsteht ein Vakuum, in das diejenigen stoßen könnten, die statt der offenen und pluralen eine homogene Gesellschaft wollen, in der die angeblich Fremden keinen Platz haben. Wer nicht dazugehört, bestimmen die anderen. Minderheiten-Grundrechte sind mit so einem Diktat nicht vereinbar. Statt kultureller Vielfalt hängt man einer deutschen Leitkultur an. Statt Genderbewusstsein und Gleichberechtigung soll das alte Rollenbild der Frau in Haus und Hof und bei der Kindererziehung gelebt werden. Statt Geschichte und Nazi-Vergangenheit kritisch zu reflektieren, soll man ehrfürchtig die »deutsche Größe« bewundern. Deshalb können die vielfältigen Bedrohungen von Politikern und Politikerinnen mit Hasskommentaren die Demokratie gefährden.

Gründe für die Bedrohung von Kommunalpolitikern

Gerade bei den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern gibt es eine große Bandbreite an Bedrohungs- und Gewalterfahrungen. Selten greifen monokausale Erklärungen, vielmehr werden verschiedene Aspekte als relevant wahrgenommen. Wie die Heinrich Böll Stiftung in mehreren Hundert Interviews herausgefunden hat, ist kennzeichnend, »dass Ursachen auf unterschiedlichen Ebenen verortet werden: Gewalterfahrungen werden auf generelle gesellschaftliche Entwicklungen zurückgeführt, aber auch auf konkrete Ereignisse in der Gemeindepolitik und das individuelle Agieren der Kommunalpolitiker/innen im öffentlichen politischen Leben.«³⁶ Zu den Ergebnissen der Befragung gehört, dass die Interviewten einen rauerer Ton in der Debatte und eine wachsende Gewaltbereitschaft feststellen. Außerdem werden die Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas häufig mit dem Eintritt der AfD in die Politik in Verbindung gebracht.

Die Eindrücke der Lokalpolitiker verdeutlichen, dass sich die Kritik nicht auf ein abstraktes gesellschaftliches Konstrukt bezieht. Vielmehr

hat sie auch bei gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen einen direkten lokalen Bezug. Das gilt für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in den Kommunen, für kommunale Unterstützungsmaßnahmen zur erleichterten Integration und für die Unterbringung von Flüchtlingskindern in Kitas und in Schulen. Emotional reagieren Bürger aber auch immer wieder auf regional begrenzte Themen wie die Standortsuche für den Bau von Einrichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge wie Kliniken, Müllentsorgungsanlagen oder Recyclinghöfe. Gleiches gilt für die Ausweisung von Gewerbegebieten, zumal wenn diese mit der Herausnahme von Grundstücken aus Landschaftsschutzgebieten verbunden ist. Der Bau von Windrädern kann vorübergehend sogar zur Spaltung einer Gemeinde führen.

Die stärkere Politisierung des lokalen Umfeldes während der Wahlkampfphasen heizt die Stimmung oft zusätzlich auf. Abneigungen und Vorbehalte gegen bestimmte Parteien oder Wahlbündnisse und deren Repräsentanten äußern sich dann zum Beispiel auch in direkten Beleidigungen an Wahlkampfständen oder in der Zerstörung von Wahlplakaten – Aggressionen, die außerhalb der Wahlkampfzeit naturgemäß ausbleiben. Die Messerattacke auf Henriette Reker, die parteilose Oberbürgermeisterkandidatin in Köln, zeigt das auf fürchterliche Weise. In Wahlkampfphasen sind die Kandidatinnen und Kandidaten für ein Bürgermeister- oder Landratsamt im Straßenleben durch Plakate, Infostände und Veranstaltungen auf Marktplätzen sichtbar und präsenter und damit angreifbarer.

Die von uns befragten Kommunalpolitikerinnen und -politiker haben sehr unterschiedliche Bedrohungen erlebt.

Susanne Günther, Freisinger Kreisrätin von Bündnis 90/Die Grünen, berichtet vor allem von sexistischen Pöbeleien, »von frauenfeindlichen Geschichten, die einen immer und immer wieder nur auf den Körper reduzieren«. Als Frau, sagt sie, werde man anders beschimpft. »Man ist entweder zu groß, zu klein, zu dünn, zu alt, zu faltig, zu blond, zu blauäugig, was auch immer.« Zu den harmloseren Anwürfen habe noch gehört, dass sie gefragt wurde, ob sie nicht mehr zu bieten habe als ihr Frausein.

Der Oberbürgermeister von Hannover, Belit Onay von den Grünen, berichtet von seinen Erfahrungen mit rassistischen Angriffen. Bevor er für das Amt des Stadtoberhaupts kandidierte, waren rassistische Ausfälle in den sozialen Medien eher selten gewesen. Doch noch am Wahlabend, während er seinen Erfolg mit Freunden und Familie feierte, rollte in den sozialen Medien schon eine Lawine des Hasses auf ihn zu. Dass an der Spitze einer deutschen Großstadt ein türkischstämmiger Politiker stand, veranlasste Martin Sellner, einen prominenten Vertreter der Identitären Bewegung, dazu, den Untergang der deutschen Demokratie heraufzubeschwören. Das von ihm gepostete Video dürfte laut Onay die Lawine losgetreten haben.

Der junge, gerade erst gewählte Kasseler Stadtrat Timo Evans von der FDP machte 2021 einen engagierten, unkonventionellen, vollkommen digitalen Kommunalwahlkampf – es war sein erster überhaupt. Ziemlich schnell gab es erste negative Reaktionen auf Facebook. Die FDP wurde als »Schwuchtelpartei«, »Wohlstandspartei« oder »Bonzenpartei« tituliert. Auch persönliche Attacken blieben nicht aus. In einem Beitrag machte sich jemand über Timo Evans' langen Bart lustig und fragte hämisch, ob die FDP in Kassel zu arm sei, um sich einen Rasierer zu leisten. All das focht den jungen Politiker nicht an. Weitaus bedenklicher und aufwühlender als diese vergleichsweise harmlosen Sticheleien war allerdings ein anonymer Drohanruf, den Evans im April 2021 erhielt. Über die Motive des Anrufers oder seiner Hintermänner ist wenig bekannt. Evans hält einen homophoben Hintergrund für möglich, da er nach seiner Teilnahme an einem Christopher-Street-Day-Umzug schon einmal wüst beschimpft worden war.

Frank Vogel, Landrat im Erzgebirgskreis, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages und Präsident des Sächsischen Landkreistages, schildert in einer Publikation des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention seine Erfahrung wie folgt: »Mit meinem Amtsantritt war mir bewusst, dass ich damit stärker im Fokus der Öffentlichkeit stehe und mein Tun und Handeln auch kritisch begleitet wird. Einen allzu großen Einblick in meine Privatsphäre habe ich daher nie zugelassen. Ich erachte Öffentlichkeit und den Umgang damit gut und nicht prob-

lematisch, solange dies auf sachlicher Ebene geschieht. Im letzten Jahrzehnt zeichnete sich meines Erachtens ein zunehmender Werteverfall in unserer Gesellschaft ab. Sachlichkeit, Respekt dem Mitmenschen gegenüber, die Fähigkeit des Zuhörens, des persönlichen Gesprächs und Auseinandersetzens mit der Meinung des Anderen gingen verloren. Beschädigungen des Dienstwagens, Beleidigungen, Drohungen jeglicher Art, vor allem in den Social-Media-Kanälen meist in anonymisierter Form, nahmen insbesondere seit der Flüchtlingskrise zu. Die letzte Drohung erreichte mich im vergangenen Jahr wenige Tage vor Weihnachten: »Es wird der Tag kommen, wo wir Euch alle aufknüpfen, da bin ich optimistisch. [...] Das wird ein Volksfest, der Vogel ganz oben!«³⁷

Marian Offman war bis 2020 18 Jahre lang Stadtrat in München, und in dieser langen Zeit sah er sich immer wieder antisemitischen Beschimpfungen ausgesetzt. Je stärker er in der Öffentlichkeit stand, desto heftiger wurden die Attacken, und je heftiger die Attacken wurden, desto entschiedener hielt er dagegen. »Ich bin zu vielen Demonstrationen der Nazis gegangen, weil ich – auch heute noch – der Meinung bin, als Jude muss man den Nazis Gesicht zeigen.« Ebenso resolut setzte er sich auch gegen Islamfeindlichkeit ein.

Offman betont wie viele andere, dass sich die Art der Bedrohung mit dem Aufkommen der sozialen Medien verändert habe.

In unserem Gespräch schildert er beeindruckend und gleichzeitig für uns zutiefst verstörend die nie abnehmende Bedrohungssituation, die eben nicht nur abstrakt bestand. Für Auftritte bei Demonstrationen und Veranstaltungen benötigte er immer wieder Polizeischutz.

Schwer erträglich dürften auch die Pseudoargumente der Holocaustleugner oder -relativierer gewesen sein, die versuchten, ihn in Diskussionen zu verwickeln. In einer dieser leidigen Diskussionen erinnerte er daran, dass die Nazis mit ihrer Ideologie sechs Millionen Juden umgebracht haben. Da der Kontrahent Zweifel an der Zahl der Todesopfer äußerte, stellte Offman Strafanzeige, aber das Verfahren wurde eingestellt. Von solchen Erfahrungen ließ sich Offman allerdings nicht entmutigen. Er weiß, wie wichtig sein Einsatz gegen Hass und Hetze ist

und dass man nur etwas erreichen kann, wenn man sich nicht einschüchtern lässt. Deshalb betont er: »Ich habe keine Angst. Und ich werde, wenn die Nazis auf der Straße sind, weiter gegen sie demonstrieren. Das ist für mich eine sehr wichtige Aufgabe, ja, es ist für mich Verpflichtung. Auch als ich noch stärker in der Öffentlichkeit stand, habe ich mich nach meiner subjektiven Wahrnehmung nicht bedroht gefühlt.«

Umgang von Kommunalpolitikern mit Bedrohungen

Wie würden Sie, liebe Leserin und lieber Leser, reagieren, wenn Sie im Postbriefkasten, im E-Mail-Postfach oder in den sozialen Netzwerken an Sie adressierte Beschimpfungen und Bedrohungen vorfänden, seien sie anonym oder mit Klarnamen versehen? Würden Sie es einfach an sich abperlen lassen nach dem Motto, es wird schon nichts passieren, würden Sie sofort Anzeige erstatten, würden Sie sich um Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor möglicher Gewalt bemühen, würden Sie Ihr gesellschaftliches Engagement überdenken, und würden Sie auf Unterstützung hoffen?

Genau diese Gedanken gehen den betroffenen Politikerinnen und Politikern auf allen Ebenen durch den Kopf. Immer wieder. Sie denken an ihre Familie, an ihre Kinder, für die es keinen Schutz rund um die Uhr geben kann. Sie wägen Risiken ab, sie sehen sich als gewählte Mandatsträger in der Pflicht, und sie wollen ihrer Verantwortung als Repräsentanten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden. Überall werden ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker mit Anfeindungen konfrontiert. Eine mal eben rausgehauene verbale Bedrohung im Netz kann für die betroffene Person mit großem emotionalem Druck einhergehen. Es werden verantwortungslos Ängste und Verunsicherung geschürt. Und das ist in den meisten Fällen Absicht. Denn genau dazu führen Sätze wie: »Ich kenne deine Wohnungsanschrift, ich kenne deine Kinder, ihnen kann was geschehen.«

Vor dem Hintergrund der Anschläge, Verletzungen und auch des Mordes an Walter Lübcke kann und darf keine Drohung auf die leichte Schulter genommen werden.

Drohungen führen auch zum Rückzug aus der Politik. Im Januar 2020 gab Dieter Spürck (CDU), der Bürgermeister von Kerpen in Nordrhein-Westfalen, bekannt, dass er für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung stehe, da er Drohungen erhalten habe, die sich nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen seine Familie richteten. Man teilte ihm mit, dass seine »Kinder es zu spüren« bekämen, wenn er sich nicht »intensiver für den Hambacher Wald einsetzen« würde. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik hieß es, wenn einem Kind in Kerpen etwas geschehe, dann werde es seinen Kindern »ebenfalls so gehen«. Spürck stellt fest, dass es eine »zunehmende Verrohung in der ganzen Gesellschaft« gebe. »Soweit mich das selbst betrifft, halte ich das für ein tragbares Berufsrisiko, aber nicht für meine Frau und meine Kinder.«³⁸

Unsere Interviewpartner haben ihre Gefühle, Beweggründe und Entscheidungen geschildert. Ihre Reaktionen reichen von »ein Aufgeben kam für mich nie in Betracht« bis zum genauen Gegenteil: »Ich ziehe mich aus der Politik zurück, zumindest vorläufig.«

Für Stefanie Kirchner aus Eichstätt stand von Anfang an fest, dass sie weitermacht, auch wenn sie bekennt, dass sie etwas Zeit und Abstand brauchte, um die Angriffe auf sie zu verarbeiten. Am meisten gängstigt hat sie, dass sie keinen konkreten Anlass für die Übergriffe sah.

Offenbar bedarf es für manche Beleidigungen gar keines Anlasses, oftmals reicht schon die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung. Für Rechtspopulisten sind Linke vielleicht per se ein Affront, genau wie manche Linksradiكالen jeden Konservativen an sich für unzumutbar halten. Manchmal mag es so einfach sein. Eine allgemeingültige Erklärung kann daraus natürlich nicht hergeleitet werden.

Aber es macht etwas mit den Betroffenen. Es belastet, verursacht Selbstzweifel, Spontaneität geht verloren, und man hinterfragt sein Verhalten, seine Aussagen.

Das belastet Susanne Günther. Sie berichtet davon, dass die Angst vor dem nächsten Shitstorm zu einer Art Selbstzensur führen könne. Diese Schere im Kopf beeinträchtigt die Gedanken- und Meinungsfreiheit, damit können die Haltungen und Entscheidungen von Kom-

munalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern beeinflusst werden. Das geht an die Wurzeln der Demokratie, denn das freie, unabhängige und gemeinwohlorientierte Handeln der Mandatsträger ist die Basis für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Repräsentanten. Diese Freiheit darf weder durch Korruption noch durch Bedrohungen, weder durch Gewalt noch durch Manipulation beeinträchtigt werden.

Anhaltende Shitstorms belasten. Es ist nur natürlich, dass man versucht, sie zu vermeiden. Wenn man wenig sagt, nicht Position bezieht, bietet man weniger Angriffsfläche.

»Man muss auch Mut und Haltung zeigen«, sagt dagegen Andreas Hollstein, der Bürgermeister von Altena in Nordrhein-Westfalen, der mit einem Messer angegriffen wurde. Die Zivilgesellschaft muss deutlich zeigen, dass sie das nicht hinnimmt. Demokratie, so Hollsteins Überzeugung, lebt davon, dass Menschen miteinander reden.³⁹

Welche Gefahr die Bedrohungen für den Fortbestand der Demokratie darstellen, verdeutlicht auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim traditionellen Neujahrsempfang auf Schloss Bellevue am 9. Januar 2020: »Es darf nicht sein, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in unserem Land schlaflose Nächte haben, weil sie beleidigt oder bedroht werden. Es darf nicht sein, dass Menschen sich von ihrem Amt zurückziehen, weil sie um ihr Leben und um das ihrer Familien fürchten müssen.«⁴⁰

Der Aschaffener Oberbürgermeister Jürgen Herzing (SPD) wurde im Mai 2021 bei einer Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen verbal bedrängt. Ein Demonstrant baute sich vor ihm auf und drohte ihm, er solle künftig nachts aufpassen, wer hinter ihm stehe. Die Polizei hat den Mann identifiziert, es wurden mehrere Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Teilnehmer eingeleitet. Nach Auskunft der Polizei sei die Stimmung auf dieser Demonstration äußerst aggressiv gewesen, was eine normale Kommunikation mit den Protestierenden fast unmöglich gemacht habe.⁴¹ Auch wenn nachvollziehbar ist, dass die Corona-Politik und die damit einhergehenden Freiheitsbeschränkungen großen Verdross ausgelöst haben, so rechtfertigt doch nichts verbale

Bedrohungen, mit denen ein Demonstrant versucht, einen Oberbürgermeister einzuschüchtern, indem er ihm klarmacht, dass er mit körperlicher Gewalt zu rechnen habe, wenn er nicht nach seiner Pfeife tanzt. Die auf verschiedenen Ursachen beruhende Aggressivität führt dazu, in der Konfrontation eigene Stärke zu sehen. Man verlässt bewusst die Ebene der inhaltlichen Auseinandersetzung. Der Schritt von Worten zu Taten ist dann nur noch sehr klein.

Martina Angermann (SPD) war von 2001 bis 2019 Bürgermeisterin von Arnsdorf in Sachsen. Hass und Hetze machten sie krank, sonst hätte sie das Amt vielleicht noch heute inne. 2015 sollen die sächsischen Gemeinden Geflüchtete aufnehmen. Martina Angermann bereitet sich vor, sucht die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Vereinen und der Schule, um die Aufnahme zu organisieren. Aber ein neu gegründetes »Bürgerforum« stellt sich quer, macht Stimmung gegen die Geflüchteten und greift Martina Angermann persönlich an. In den sozialen Medien wird sie mit Vorwürfen überzogen. Im Mai 2016 verprügeln vier Männer einen jungen, psychisch kranken Iraker und binden ihn an einen Baum. Vom Tathergang gibt es unterschiedliche Versionen. Die Stimmung gegen die Bürgermeisterin wird immer schlechter, die Anfeindungen hören nicht auf. Die AfD im Gemeinderat greift sie immer wieder an. Wegen eines Burn-outs lässt sie sich vorzeitig in den Ruhestand versetzen. Für ihre Arbeit wurde sie von der Bundesregierung als »Botschafterin für Demokratie und Toleranz« ausgezeichnet.⁴²

Aus Worten und aus Anfeindungen wurden Verletzungen. Verschiedene politische Akteure haben das Diskussionsklima in Arnsdorf bewusst und vorsätzlich vergiftet. Der Umgang mit Geflüchteten hat bis heute das Potenzial zur Spaltung. Vielleicht wäre alles anders gelaufen, wenn Martina Angermann mehr Unterstützung in ihrer Gemeinde gehabt hätte.

Das sollte uns alle beschäftigen und uns motivieren, nicht nur zuzuschauen. Eine positive Geste, ein aufmunterndes Telefonat, ein unterstützender Leserbrief, eine Solidaritätsbekundung können für die Betroffenen von unschätzbarem Wert sein.